

Zukunft gestalten

AUSGABE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017





Editorial

Überweisen, einweisen, zuweisen war gestern – Wettbewerb um Qualität

Die Zahl der neuen Gesundheitsgesetze in der vergangenen Legislaturperiode ist zweifelsfrei rekordverdächtig. Und erstmalig seit langer Zeit war kein Spargesetz darunter. Die konjunkturbedingt sprudelnden Einnahmen in den Sozialkassen haben es der Politik ermöglicht, eine ganze Reihe von akuten Problemen, zunächst einmal unter Einsatz von Geld, zu vertagen. Die Kassenlage hat auch dazu verleitet, Regulierungsschrauben um erhebliche Umdrehungen fester zu ziehen. Allerdings wird der bei der Pflege eingeschlagene Weg der Personalquotierungen ins Leere laufen. Bereits heute können viele Kliniken die Besetzung ihrer Pflegeplätze nicht mehr sicherstellen. Selbst in Großstädten sind Schließungen von Stationen aus Personalmangel keine Seltenheit mehr. Mit den Rezepten der Vergangenheit lassen sich nun mal die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern.

In den kommenden vier Jahren werden die Patienten und die Beschäftigten den Wandel ganz wesentlich treiben. Daraus ergibt sich für die Politik Handlungsbedarf. Da sich die Intransparenz ein klein wenig lichtet, verliert die aus der Wissensasymmetrie erwachsende Dominanz der Experten langsam, aber sicher an Bedeutung. Nicht mehr alle Patienten lassen sich widerspruchlos überweisen, zuweisen oder einweisen. Sie wollen vielmehr an den Entscheidungen sie betreffender Fragen mitwirken. Die Politik ist also gut beraten, diesen Trend in der kommenden Legislaturperiode nachhaltig zu unterstützen und damit die Position der Patienten als Konsumenten auf den Gesundheitsmärkten zu stärken. Die Initiierung der seit geraumer Zeit von der INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT geforderten „Stiftung Gesundheitstest“ nach dem Muster der Stiftung Warentest ist hier genau das richtige Zeichen. Die Zeit dafür ist reif. Da Mitarbeiter auch in der Gesundheitswirtschaft immer knapper werden, besteht die künftige Herausforderung darin, mit weniger Beschäftigten mehr Patienten zu behandeln. Zuvorderst wird die Pflege betroffen sein. Deshalb dürfen die raren Pflegekräfte nicht mit Logistik, Dokumentation und Improvisation „verplempert“ werden, sondern müssen unmittelbar am Patienten zum Einsatz kommen. Das wird nur mit der Nutzung moderner Technologien möglich sein. Digitale Workflows, wie sie in anderen Branchen längst üblich sind, müssen auch die Pflegeprozesse nachhaltig unterstützen. Deswegen sind Investitionen zwingend erforderlich. Um hier durch eine gezielte Digitalisierungsinitiative schnell Abhilfe zu schaffen, ist eine gemeinsame finanzielle Kraftanstrengung der Länder und des Bundes erforderlich.

Innovative Unternehmen sind in der Lage, Qualität und Produktivität der Gesundheitsleistungen zu steigern und damit eine wachsende Nachfrage mit guter Medizin zu bezahlbaren Preisen zu befriedigen. Voraussetzung dafür ist allerdings die Etablierung eines Wettbewerbssystems, in dem auf der einen Seite der Staat die Marktordnung gestaltet sowie den Patientenschutz stärkt und sich auf der anderen Seite die kreativen Unternehmen der Gesundheitswirtschaft erfolgreich gegen die statischen und rückwärts gewandten Betriebe durchsetzen können. Von der Politik werden in der kommenden Legislaturperiode zielgerichtete und entscheidende Schritte zur Schaffung einer patientenorientierten Wettbewerbsordnung im Gesundheitsbereich erwartet. Überregulierungen, die die unternehmerische Kreativität der Gesundheitswirtschaft hemmen, müssen eliminiert werden. Die Qualität der Medizin darf für staatliche Regeln in Zukunft einzig und allein der Maßstab sein.

Prof. Heinz Lohmann,
Vorsitzender, INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT



Angaben gemäß § 5 TMG:
INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT e.V.
Geschäftsstelle
Palisadenstraße 48 | 10243 Berlin

Kontakt:
www.initiative-gesundheitswirtschaft.org
info@initiative-gesundheitswirtschaft.org

V.i.S.d.P.:
Dietmar Reese,
Geschäftsführer IGW e.V.

Konzept und Umsetzung:
Agentur WOK
Grafische Gestaltung:
www.jf-gestaltung.de
Titelfoto:
© Boris Stroujko – Fotolia.com

Erwartungen an die neue Bundesregierung

Wünsche und Appelle



Aus meiner Tätigkeit als Arzt, später als Berater und heute als Vorstandsvorsitzender eines großen Dienstleistungsunternehmens weiß ich: Je später man Probleme angeht und je mehr man Symptome statt Ursachen behandelt, desto schwerer und langwieriger wird es. Daher wünsche ich mir von der kommenden Bundesregierung, dass sie die bekannten Strukturprobleme des Gesundheitswesens nach der Wahl zügig und beherzt angeht. Ganz wichtig ist der Ausbau der Digitalisierung: Hier liegen der Schlüssel für Innovation und gleichzeitig enorme Möglichkeiten, um die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der Versorgung entscheidend zu verbessern. Als ich noch in der Chirurgie tätig war, haben wir bei Patienten vor einer Magen-OP immer eine Magenspiegelung durchgeführt, obwohl das vorher bereits der niedergelassene Kollege gemacht hatte. Warum? Weil es schneller ging, als den ambulanten Befund anzufordern. Das ist schlecht für den Patienten und verursacht obendrein unnötige Kosten. Dies ist nur ein Beispiel, wie die Digitalisierung das Gesundheitswesen voranbringen kann.

Dr. Jens Baas, Vorsitzender des Vorstands, Techniker Krankenkasse



Deutsche Krankenhausapotheker für Stationsapotheker: Patientensicherheit im Fokus

Zur Verbesserung der Patientensicherheit unterstützt der ADKA – Bundesverband Deutscher Krankenhausapotheker e.V. die verpflichtende Einführung des Stationsapothekers im Krankenhaus.

Die Sicherheit der Patienten darf nicht zulasten ökonomischer Zwänge gehen. Nirgendwo in Europa gibt es so wenig Apotheker im Krankenhaus wie in Deutschland. Von ca. 50.000 Apothekern in Deutschland sind nur 2.300 in den Krankenhäusern angestellt. Während beispielsweise in Großbritannien im Schnitt 4,4 Apotheker pro 100 Betten beschäftigt sind, hat Deutschland weniger als 0,4.

Unsere Forderung an die neue Bundesregierung lautet: 1 Apotheker pro 300 Betten. Die Patienten werden es danken!

(siehe Pressemitteilung vom 15. August 2017 – www.ADKA.de)

Jürgen Bieberstein, Geschäftsführer, ADKA – Bundesverband Deutscher Krankenhausapotheker e.V.



Meine Wünsche an die neue Bundesregierung sind Verlässlichkeit und klare gesetzliche Rahmenbedingungen in der Gesundheitswirtschaft. Seit einigen Jahren erlebe ich eine zunehmende Rechtsunsicherheit. Beispielsweise besteht zum einen der politische Wunsch nach Kooperationen zwischen Anbietern in der Gesundheitswirtschaft. Zum anderen werden dann aber genau diese Kooperationen unter den Generalverdacht der Korruption gestellt und als Straftat verfolgt. Hier – aber auch in weiteren Beispielen widersprüchlicher Gesetzgebung – wünsche ich mir einen eindeutigen gesetzlichen Rahmen.

Dr. Olaf Bornemeier, Vorsitzender des Vorstands, Mühlenkreiskliniken AöR



Den veränderten Behandlungsbedürfnissen insbesondere älterer, chronisch- und mehrfacherkrankter Patienten lässt sich nur mit flexiblen Versorgungskonzepten begegnen. Zentrale Herausforderung bleibt dabei die sektorübergreifende Ausrichtung der Versorgung. Von der Politik erwarte ich wirksame Anreize, die innovative Konzepte interdisziplinärer, patientenorientierter und aufeinander abgestimmter Zusammenarbeit unterstützen, und weniger bürokratische Hürden.

Hans-Joachim Fietz-Mahlow, Geschäftsführer, SALUS gGmbH



Die Welt lebt in einem Zeitalter des digitalen Darwinismus. Die Digitalisierung wird die heutigen Versorgungsstrukturen nachhaltig verändern. Es werden diejenigen überleben, die sich einem Wandel am besten anpassen können.

Die Gesundheitsdienstleister sind gefordert, die Wünsche und Probleme der Patienten zu antizipieren und Lösungsangebote dafür zu schaffen.

Von der Gesundheitspolitik muss eine sinnvoll unterstützende Gesetzesstruktur, gerade im Hinblick auf die Digitalisierungsherausforderungen, geschaffen werden.

Dr. Andreas Göpfert, Geschäftsführer, Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH



Bessere Leistungen für ein längeres und gesünderes Leben, über sieben Millionen Erwerbstätige, nahezu 340 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung, wichtigstes Hightechanwendungsfeld, ein starkes Stück Mittelstand, wachsender Aktivposten im Außenhandel – Gesundheit ist zur Wirtschaftsbranche Nr. 1 geworden! Kein Grund zur Sorge also? Leider doch, denn die Innovationsmotoren in der Gesundheitswirtschaft stottern. Gerade auf den großen Zukunftsbaustellen – integrierte Versorgung, Wende zur Prävention, Digitalisierung, Zukunft der Gesundheitsarbeit – gibt es zwar viel Entwicklung und Erprobung, aber wenig Breitenwirkung. Deutschland braucht eine Zukunftsagenda Gesundheit 2025, die dieses „Innovationsstottern“ überwindet. Gefordert sind da nicht nur Berlin und die Politik, sondern auch die Wissenschaft und die Gesundheitsakteure selbst. Gesundheitsregionen haben gezeigt, dass sie als Ideenentwickler und Umsetzungstreiber „vor Ort“ Erfolge erzielen können. Ein besseres Zusammenspiel untereinander sowie mit Wirtschaft und Politik soll helfen, den Innovationsmotor vor einem Kolbenfresser zu bewahren. Aufmerksamkeit und Unterstützung hierfür werden gut angelegt sein!

Prof. Dr. Josef Hilbert, Vorsitzender des Vorstands, Netzwerk Deutsche Gesundheitsregionen e. V.



Eine optimale Behandlung im Krankenhaus für die uns anvertrauten Patienten zu gewährleisten, ist unsere Pflicht. Nicht nur aus unserem beruflichen Selbstverständnis heraus – wir sind auch den uns anvertrauten Menschen verpflichtet. Dies unter den sich stetig wechselnden Rahmenbedingungen zu gewährleisten, bedeutet unter den heutigen Bedingungen maximale Effizienz und Effektivität für alle im Gesundheitswesen tätigen Akteure. Die unternehmerische Verantwortung für den Erfolg liegt hier bei den Führungskräften der einzelnen Häuser. Leider gibt es vermehrt staatliche bzw. politische Vorgaben, die sich nicht im Finanzierungssystem wiederfinden. Einer besseren Behandlung dient dies leider nicht. Ganz im Gegenteil. Mein Appell: weniger staatlich strukturierte Vorgaben und Regelungen, stattdessen mehr Vertrauen in die Professionalität und Fachkompetenz der Verantwortlichen.

Karsten Honsel, Vorsitzender des Vorstands, Gesundheit Nordhessen Holding AG, Kassel



Kluge Marktregulierung statt staatlicher Detailsteuerung

Die letzten zehn Jahre zeigen, dass der DRG-Wettbewerb alleine nicht den notwendigen Umbau der Krankenhauslandschaft herbeiführt. Es gibt immer noch zu viele Krankenhäuser und zu wenig regionale Konzentration von Spezialangeboten. Dort, wo der Markt versagt, ist der Eingriff durch die Politik richtig. Nur darf man dabei nicht das unternehmerische Engagement ersticken. Falsch sind kleinteilige politische Eingriffe in interne Organisationsentscheidungen, etwa bei der Personalbesetzung. Sinnvoll sind dagegen Rahmenvorgaben, zum Beispiel klare Zuweisungen von Zentrums-, Notfall- und Grundversorgungsaufgaben an die verschiedenen Krankenhäuser und die Berücksichtigung der Sonderaufgaben der Universitätsmedizin.

Dr. Christoph Hoppenheit, Kaufmännischer Direktor, Universitätsklinikum Münster



Die Patientenversorgung durch Krankenhäuser geschieht in einem ordnungspolitischen Rahmen, der kaum noch überschaubar ist. Eine Entschlackung der Vorschriften, die Herstellung fairer und gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer (keine Subventionierung kommunaler Krankenhäuser) sowie die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen (Übernahme der betriebsnotwendigen Investitionskosten) würde die Qualität der Versorgung deutlich erhöhen. Spielräume für dringend notwendige Investitionen in die Digitalisierung würden so geschaffen.

Dr. Markus Horneber, Vorsitzender des Vorstands, AGAPLESION gAG



Die vergangenen vier Jahre Gesundheitspolitik verliefen unspektakulär. Es gab keine großen Kostensenkungsreformen wie in den 1990er und beginnenden 2000er Jahren, die Koalitionsvereinbarung wurde brav abgearbeitet, viel Geld ausgegeben. Es unterblieben tiefgreifende, nachhaltige Reformschritte, die das Gesundheitswesen auch für schlechte Zeiten zukunftsfähig gemacht hätten. Der neuen Bundesregierung wünsche ich Ideen, Visionen und Mut, die richtigen Weichen zu stellen, beispielsweise die Chancen der Digitalisierung konsequent im Interesse der Patienten zu nutzen, alte Zöpfe abzuschneiden und Neues entstehen zu lassen, den Risikostrukturausgleich manipulationsicher zu gestalten und Qualität endlich für jeden Patienten transparent zu machen.

Prof. Dr. Norbert Klusen, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands, INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT; Mitglied des Expertenbeirats, Innovationsfonds



Das Gesundheitssystem gerecht und zukunftsfähig gestalten – ist das nicht schon lange das Ansinnen aller Beteiligten? Was muss sich ändern – und braucht es dazu wirklich ein Change Management oder eher ein geeintes gesellschaftliches Gesundheitsbewusstsein mit einer Verantwortungsethik auf allen Seiten? Dazu braucht es eine offene, ehrliche und verständlich nachvollziehbare Kommunikation der Ziele.

Es wird eine der Digitalisierung und den Bedürfnissen der jungen Generationen angepasste Führungskultur benötigt, mit weniger Hierarchie und mehr Teamorientierung. Kooperatives Verhalten im Sinne des Patienten muss gefördert werden, sowohl bei der interdisziplinären und interprofessionellen Zusammenarbeit als auch bei der Erlösgenerierung zwischen den einzelnen Sektoren. Krankenhäuser wie Praxen haben ihre Daseinsberechtigung, weil es Menschen gibt, die medizinische Unterstützung benötigen.

Auch dem Austausch zwischen Arzt und Patient muss wieder Raum und Vertrauen gegeben werden. Das wird nur gelingen, wenn förderliche Kommunikation als Grundlage für eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Arzt und Patient anerkannt und auch finanziert wird. Das Zweitmeinungsgespräch muss gefördert und unterstützt und nicht als Abwerbung und Konkurrenz verstanden werden.

Mit einer werteorientierten Kooperation aller Beteiligten im Sinne der Gesundheitsförderung sollte sich die Gesundheitspolitik auf den Weg machen.

Dr. Martina Oldhafer, Leiterin Change Management, Universitätsklinikum Schleswig-Holstein – Campus Kiel



Nosokomiale Infektionen mit multiresistenten Erregern (MRE) sind eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit der Patienten und ein erhebliches Haftungs- und Kostenrisiko für das Krankenhausmanagement. Pro Fall entstehen durch die sektorenübergreifende Prävention, Behandlung und Überwachung von MRE Mehrkosten von etwa 17.500 Euro (Quelle: TK). Die Digitalisierung, Standardisierung und Automatisierung von mikrobiologischen Labortechnologien kann dazu beitragen, diese Kostenrisiken zu minimieren und gleichzeitig Patienten besser zu versorgen. Durch eine digital vernetzte Infrastruktur und automatisierte Auslesung der Proben wird es möglich, mikrobiologische Ergebnisse aus dem Zentrallabor der regionalen (Universitäts-)Klinik direkt zum behandelnden Arzt auf der Station oder zu Arztpraxen und Pflegeheimen in der Peripherie zu übermitteln. Erst durch dieses Zusammenwachsen von Spitzenmedizin und Regelversorgung wird eine gezielte und gesteuerte Therapie von Infektionskrankheiten flächendeckend möglich. Deshalb sind politische Rahmenbedingungen erforderlich, die die sektorenübergreifende Erprobung innovativer Laborprojekte für zukunftsfähige Konzepte zur Patientensicherheit ermöglichen.

Roland Pflieger, Geschäftsführer, Becton Dickinson GmbH; Mitglied des Vorstands, BVMed – Bundesverband Medizintechnologie e. V.



Ich wünsche mir von der neuen Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur Universitätsmedizin. Die medizinische und pflegerische Versorgung deckt zehn Prozent aller Krankenhausaufenthalte in Deutschland ab, fast jeder fünfte Krankenhausmitarbeiter ist an einer Uniklinik beschäftigt. Durch die Vernetzung aus Forschung, Lehre und Krankenversorgung werden nicht nur hervorragende Mediziner und Pflegekräfte ausgebildet. Auch die Patienten profitieren durch Wissenszuwachs, Innovation und Interprofessionalität. Diese besonderen Rahmenbedingungen müssen sich für die Unikliniken in der Weiterführung der Krankenhausreformen widerspiegeln.

Joachim Pröb, M. A., Direktor für Patienten- und Pflegemanagement sowie Personalvorstand, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf



Die Digitalisierung im Gesundheitswesen nimmt Fahrt auf. Qualitätsverbesserungen und Effizienzsteigerung stehen hierbei im Mittelpunkt der Diskussion.

Darüber reden allein hilft nicht. Die Herausforderung besteht im Moment darin, die Thematik vom grünen Tisch auf die Straße zu bringen und die notwendigen finanziellen Ressourcen für eine schnelle Umsetzung bereitzustellen.

Unsere genossenschaftlichen Mitglieder erwarten deshalb von der neuen Bundesregierung verbindliche finanzielle Zusagen, die sowohl die technischen Anforderungen als auch das notwendige Change Management in den Organisationen in die Umsetzung bringen lassen.

Anton J. Schmidt, Vorsitzender des Vorstands, P.E.G. Einkaufs- und Betriebsgenossenschaft eG



Gesundheitspolitik gehört im Kabinett sicher nicht zu den einfachsten Verantwortungsbereichen. Um die GKV-Beiträge stabil zu halten, wurde rückblickend mit einer Vielzahl von Kosten und Leistungen reglementierenden Gesetzen agiert. Die Gesundheitsreform mit dem Leitgedanken Qualität weist erfreulicherweise einen anderen Weg. Was fehlt, ist der Mut der Politik, die beabsichtigte Marktberreinigung politisch mit zu verantworten – ein langsames und unstrukturiertes Kliniksterben im Sinne einer Lebensverlängerung ist ethisch und qualitativ bedenklich. Mein Wunsch für die neue Legislaturperiode wäre mehr Planungssicherheit; wichtige Zukunftsthemen wie beispielsweise die Finanzierung von sektorenübergreifenden Kooperationen oder der wachsende Fachkräftemangel bedürfen dringend einer Lösung.

Alexander Schmidtke, Vorsitzender des Vorstands sowie Vorstand Finanzen und Strategie, Klinikum Augsburg



Damit es im Gesundheitssystem besser wird:

1. Schaffung eines sektorübergreifenden ambulanten und stationären Versorgungssystems.
2. Einheitlicher Basisfallwert.
3. Monistische Krankenhausfinanzierung, da die Länder ihrer Verpflichtung für Investitionskosten nicht nachkommen.
4. Systemzuschlag für die Universitätsmedizin.
5. Vergütung für Extremkostenfälle, 24/7-Notfallversorgung und ärztliche Weiterbildung.
6. Finanzierung der Digitalisierung im Gesundheitswesen.
7. Einführung der digitalen Signatur für Rezepte.

Prof. Dr. Jens Scholz, Vorsitzender des Vorstands, Universitätsklinikum Schleswig-Holstein – Campus Kiel und Lübeck



Zukunft gestalten



Nachruf



Dr. Alexander Kirstein

engagierter Streiter für mehr Qualität in der Medizin

Ganz wichtig war ihm, seine Mitarbeiter stets auf dem Weg zur Veränderung mitzunehmen. Dr. Alexander Kirstein war immer klar, dass nur das Team den Erfolg erzielen kann. Der ehemalige Kaufmännische Vorstand des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf und Geschäftsführer der Falk Unternehmensgruppe hat sich in seiner ruhigen, aber bestimmten Art nachhaltig für die Verbesserung der Qualität der Medizin und für eine strikte Orientierung der Behandlung an den Interessen der Patienten eingesetzt. Ökonomie und Humanität hat er nie als Widerspruch verstanden. Für diese Ziele hat er sich auch tatkräftig in der Initiative Gesundheitswirtschaft engagiert.

Im Juni dieses Jahres ist Dr. Alexander Kirstein nach schwerer Krankheit verstorben. Wir sind unendlich traurig.

Prof. Heinz Lohmann
Vorsitzender,
INITIATIVE
GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Joachim Pröb, M. A.
Stellvertretender Vorsitzender,
INITIATIVE
GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

